

EP-S-01-421 Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Antragsteller*in: Katja Keul (Nienburg KV)

Änderungsantrag zu EP-S-01

In Zeile 421 löschen:

sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene ~~im Rahmen des EU-Budgets~~ im Sinne

Begründung

Die Formulierung "im Rahmen des Budgets" widerspricht der Idee des Pooling und Sharings. Dieser Ansatz ist von Deutschland und Schweden 2010 initiiert worden, um aus teilweise funktionierenden Kapazitäten, ohne zusätzliche Finanzmittel, durch Zusammenlegung eine einsatzfähige Kapazität zu generieren. Außerdem sollten wir nicht für einen militarisierten EU-Haushalt eintreten, sondern für eine "Friedensmacht" und eine "zivile Macht" wie im Einleitungstext des Kapitels (4.3). Schon im Beschluss der BDK in Hannover (2018) "Europäische Kooperation im Verteidigungsbereich nutzen - Das Friedensprojekt Europa stärken!" haben wir uns entsprechend positioniert, dass Verteidigungsprojekte den europäischen Haushalt nicht belasten sollen. Mit Blick auf die im Entwurf genannten "Parallelstrukturen" zur GSVP ist es sinnvoll, die Europäische Interventionsinitiative beim Namen zu nennen.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Lindner (Germersheim KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Agnieszka Brugger (Ravensburg KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Sara Nanni (Düsseldorf KV); Michael Schmitt (Aachen KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Martin Pilgram (Starnberg KV); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Tobias Heider (Aachen KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Lisa Paus (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Thomas Mohr (München KV); Olaf Weber (Weimar-Stadt KV); Ercan Kilic (Salzgitter KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV)